



**Geschäftsführung  
Wirtschaftsausschuss**

Frau Doberitz

Telefon: (0221) 25507

Fax: (0221)

E-Mail: [uta.doberitz@stadt-koeln.de](mailto:uta.doberitz@stadt-koeln.de)

Datum: 30.11.2018

**Niederschrift**

über die **32. Sitzung des Wirtschaftsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 06.11.2018, 17:08 Uhr bis 19:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Jörg van Geffen SPD

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU	
Frau Elisabeth Thelen	GRÜNE	
Herr Christian Joisten	SPD	
Herr Malik Karaman	SPD	
Herr Dr. Martin Schoser	CDU	
Frau Ira Sommer	CDU	
Frau Claudia Heithorst	CDU	
Herr Jörg Frank	GRÜNE	
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE	
Herr Berndt Petri	DIE LINKE	
Frau Claudia Klein	FDP	
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	in Vertretung für RM Andreas Pöttgen

**Beratende Mitglieder**

Herr Dr. Hermann Hollmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Nicolai Lucks	auf Vorschlag der CDU
Herr Wolfgang Jehle	auf Vorschlag der Grünen
Herr Andreas Lohaus	auf Vorschlag der Grünen
Herr Rainer Schäfer	auf Vorschlag der Grünen
Herr Wolfgang Lindweiler	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Thorsten Rensing	auf Vorschlag der FDP
Herr Dr. Viktor Heese	auf Vorschlag der AfD

Herr Eugen Litvinov

Integrationsrat

## **Verwaltung**

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

## **Schriftführerin**

Frau Anne Geyer

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Andreas Pöttgen

SPD

vertreten durch RM Karl-Heinz Walter

## **Beratende Mitglieder**

Herr Hermann Jutkeit

auf Vorschlag der SPD

Herr Dr. Witich Roßmann

auf Vorschlag der SPD

Herr Markus Sterzl

auf Vorschlag der SPD

Herr Thomas Tewes

auf Vorschlag der CDU

## **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Abdullah Aydik

Integrationsrat

Herr van Geffen begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 32. Sitzung des Wirtschaftsausschusses. Er fragt nach Anmerkungen und Wünschen zur Tagesordnung in der vorliegenden Form.

Herr Dr. Strahl bittet darum, den TOP 15.1 zu behandeln, aber dann ohne Votum in den nächsten Ausschuss zu geben, da seine Fraktion noch Beratungsbedarf habe.

Herr Lindweiler fragt, warum die Vorlage zur Gründung der Wirtschaftsförderungs-GmbH wieder nicht auf der Tagesordnung stehe.

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) informiert darüber, dass die bisher fehlende verbindliche Auskunft der Finanzverwaltung zur Umsatzsteuerproblematik die Verwaltung daran gehindert habe, die Vorlage fristgerecht in den Wirtschaftsausschuss einzubringen. Die Auskunft liege nun vor, so dass am nächsten Tag mit einer fristgerechten Schlusszeichnung zur nächsten Ratssitzung gerechnet wird. Mit einer Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses und des AVR könnte die Beratungsfolge für eine Entscheidung des Rates am 22.11.2018 eingehalten werden

Herr van Geffen teilt mit, dass die Verwaltung diesen Vorschlag bereits an ihn herangezogen habe. Auf Grund der besonderen Thematik hält er es für notwendig, dass der Wirtschaftsausschuss sich in einer eigenen Sondersitzung mit der Vorlage auseinandersetzt. Als Termin für die Sitzung käme der 16.11.2018, 15.00 Uhr in Frage, sofern die Oberbürgermeisterin die Vorlage am 07.11.2018 schlusszeichnet. Er fragt nach Bedenken der Ausschussmitglieder.

Herr Frank verweist auf Veranstaltungen der Handwerkskammer und der Kreishandwerkerschaft am gleichen Nachmittag, an denen Ausschussmitglieder teilnehmen werden. Er bittet deshalb, den Ausschuss früher tagen zu lassen.

Der Ausschuss ist mit der vorliegenden Tagesordnung einverstanden.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

A Bestellung einer Schriftführerin und einer stellvertretenden Schriftführerin  
des Wirtschaftsausschusses  
3428/2018

#### **1 Präsentation, anschließend Meinungsaustausch**

#### **2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

#### **3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

3.1 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion "Metropolregion Rheinland",  
AN/1121/2018  
2386/2018

3.1.1 Ergänzende Mitteilung zum Metropolregion Rheinland e.V. zu 2386/2018  
3593/2018

3.2 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage von Frau Klein Herrn Joisten in  
der 27. Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 01.03.2018 zum Thema On-  
line-Gewerbemeldung (TOP 14.3, lfd. Nr.3, der Sitzung vom 01.03.2018)  
2106/2018

3.3 Beantwortung der mündlichen Nachfrage von Herrn Frank (Bündnis 90/Die  
Grünen) aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses, TOP 7.1 am  
06.09.2018 betreffend Entwicklungen im Bereich Ehrenfeld; 2309/2018  
AN/0981/2018  
3453/2018

3.4 Kriterien für die Vergabe von städtischen Gewerbegrundstücken  
3207/2018

#### **4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung**

4.1 Sachstand Frischezentrum  
AN/1404/2018

Frischezentrum - Sachstand  
3347/2018

- 4.2 Zukunftssicherheit für Händler und Beschäftigte des Großmarktes über 2023 hinaus- wie steht es mit der Umsetzung der Ratsbeschlüsse zum Neubau eines Frischezentrums in Marsdorf?  
AN/1409/2018

Großmarkt Köln - Zukunftssicherheit für Unternehmen und Beschäftigte  
3387/2018

- 4.3 Einrichtung eines „Kreativhauses“  
AN/1456/2018

## **5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

## **6 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen**

- 6.1 Neubau von Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Causemannstr. 29 - 31, 50769 Köln-Merkenich und Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft - Anpassung des Planungsauftrags  
2267/2017/1

## **7 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante Angelegenheiten**

## **8 Marktwesen**

- 8.1 Großmarkt Köln - Instandsetzungsmaßnahmen zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes bis Ende 2023, Teilergebnisplan 0203 - Märkte  
3124/2018

## **9 "koeln.de"**

## **10 Medien- und Internetwirtschaft in Köln**

- 10.1 Status Digital Hub Cologne  
3624/2018

## **11 Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation**

## **12 Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung**

- 12.1 Tätigkeitsbericht "Kommunales Bündnis für Arbeit in Köln"  
3165/2018

- 12.2 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2019 - 31.12.2021  
1616/2018

- 12.3 Sachstand zur Umsetzung des Kommunalen Programms für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit (KomProArBeit)  
3458/2018
- 13 Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)**
- 14 Mitteilungen**
- 14.1 Pegel Köln 3/2018  
Einwohnerentwicklung 2017: Köln wächst - auch bei geringer Zuwanderung  
3059/2018
- 14.2 Kölner Statistische Nachrichten 4/2018  
Erwerbstätigkeit und wirtschaftliche Lage der Kölner Bevölkerung -  
Ergebnisse der "Leben in Köln"-Umfrage 2016  
3058/2018
- 14.3 Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss  
vom 28.06.2018  
hier: Entwicklung von Grundstücken des Bundes  
2294/2018
- 14.4 Stadt Köln & Partner präsentieren sich auf der Expo Real 2018  
3408/2018
- 14.5 Übersicht der Bildungsangebote für 16-25 Jährige aus dem Projekt „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“  
3506/2018
- 14.6 Insurance Hub Cologne – Open for Business  
3615/2018
- 15 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 15.1 Erfahrungsbericht Vergabekonzept 2014 - 2018 und neues Vergabekonzept  
ab 01.01.2019  
0889/2018
- 16 Mündliche Anfragen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **A Bestellung einer Schriftführerin und einer stellvertretenden Schriftführerin des Wirtschaftsausschusses 3428/2018**

#### **Beschluss:**

Der Wirtschaftsausschuss bestellt für die restliche Dauer der Wahlperiode 2014 bis 2020 Frau Uta Doberitz zur Schriftführerin und Frau Anne Geyer zur stellvertretenden Schriftführerin des Ausschusses.

Die Bestellung von Frau Uta Doberitz zur stellvertretenden Schriftführerin wird aufgehoben.

#### **Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

- 1 Präsentation, anschließend Meinungs austausch**
- 2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 3.1 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion "Metropolregion Rheinland", AN/1121/2018  
2386/2018**

Dem Ausschuss liegt die Antwort der Verwaltung als Umdruck vor.

Herr Joisten fragt nach den Ergebnissen der Strategiesitzung und ob sich die Oberbürgermeisterin in der Frage des Vorsitzes schon entschieden hat.

Frau Reker verweist zum Thema Strategiesitzung auf die ergänzende Mitteilung unter TOP 3.1.1. Sie berichtet, dass der derzeitige Geschäftsführer zum 30.04.2019 auf eigenen Wunsch ausscheiden wird. Der Vorstand wird nun mit der notwendigen Sorgfalt eine/einen qualifizierte/n Nachfolger/in suchen. Wer in dem neuen, am Ende des 1. Quartals 2019 von der Mitgliederversammlung zu wählenden Vorstand welche Funktion übernehmen wird, sei derzeit noch nicht bekannt. Frau Reker verweist auf mehrere Veranstaltungen in 2018.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

#### **3.1.1 Ergänzende Mitteilung zum Metropolregion Rheinland e.V. zu 2386/2018 3593/2018**

Dem Ausschuss liegt die ergänzende Antwort der Verwaltung als Tischvorlage vor.

Der Ausschuss nimmt die Ergänzung zur Kenntnis.

#### **3.2 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage von Frau Klein Herrn Joisten in der 27. Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 01.03.2018 zum**

**Thema Online-Gewerbemeldung (TOP 14.3, lfd. Nr.3, der Sitzung vom 01.03.2018)  
2106/2018**

Dem Ausschuss liegt die Antwort der Verwaltung als Umdruck vor.

Frau Klein fragt, ob es bereits Zahlen über erfolgte online-Anmeldungen gibt.

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) sagt eine Antwort zur Niederschrift zu.

Herr Joisten bittet um einen kurzen Erfahrungsbericht nach dem ersten halben Jahr.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

*Antwort der Verwaltung zur Niederschrift:*

*Die eMeldung ist seit dem 27.09.2018 produktiv. Seit dem wurden:*

*241 Anmeldungen, 54 Ummeldungen und 162 Abmeldungen beantragt.*

*Durchschnittlich gehen pro Arbeitstag 13 Anträge ein, Tendenz steigend.*

**3.3 Beantwortung der mündlichen Nachfrage von Herrn Frank (Bündnis 90/Die Grünen) aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses, TOP 7.1 am 06.09.2018 betreffend Entwicklungen im Bereich Ehrenfeld;  
2309/2018  
AN/0981/2018  
3453/2018**

Dem Ausschuss liegt die Antwort der Verwaltung als Umdruck vor.

Herr Frank bedankt sich für die vorliegende Antwort und fragt, ob die Verwaltung die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens beabsichtigt, um den Bestand der vorhandenen Musikclubs zu schützen.

Herr Funk (Stadtplanungsamt) verneint dies. Die Verwaltung sei der Meinung, dass die vorhandenen Clubs bei einer Einzelfallprüfung nach § 34 BauGB bei der immissionsschutzrechtlichen Abwägung Bestandschutz erhalten.

Herr Frank bittet darum, dass die vorliegende Antwort um diese mündlichen Ergänzungen erweitert wird und in dieser Fassung dem Stadtentwicklungsausschuss vorgelegt wird.

Herr Petri erläutert, dass sich der Bestandsschutz nur auf die Clubs in der Lichtstraße beziehen kann, denn auf dem Heliosgelände existieren derzeit keine Clubs mehr.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.4 Kriterien für die Vergabe von städtischen Gewerbegrundstücken  
3207/2018**

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Tischvorlage vor.

Herr Joisten nimmt Bezug auf das Ende des zweiten Absatzes der Mitteilung und fragt, ob damit gemeint sei, dass zukünftig mit einer Reduzierung der Gewerbeflächen zu rechnen sei.

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) betont, dass die Wirtschaftsförderung sehr bemüht sei, die aktuelle Entwicklung zu stoppen.

Herr Frank sieht durchaus noch Flächenpotential für die Ausweisung weiterer Gewerbeflächen. Er bemängelt die überwiegende Bebauung der Gewerbeflächen mit eingeschossigen Bauten und fragt, ob der Kriterienkatalog für die Vergabe von städtischen Gewerbeflächen hinsichtlich der baulichen Ausnutzung angepasst wird.

Herr Dr. Strahl fragt, ob die Veränderungen bei den verschiedensten Emissionen von Gewerbe zu einer räumlichen Annäherung an Wohnbebauung führen und „Mischstrukturen“ wieder vorstellbar wären.

Frau Klein fragt, ob es sich mit dem zusätzlichen Kriterium um einen neuen Vergabekatalog handelt. Wurde durchgespielt, welche Auswirkungen die Anwendung dieses Kriteriums hat und ist eine Umsetzung realistisch?

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) verweist auf eine Initiative des Städtetags, die Gesetzgebung zur Abstandsflächen etc. zu modifizieren. Derzeit stehe dem noch die Baugesetzgebung des Bundes und des Landes entgegen. Es gibt zu diesem Thema ebenfalls interkommunale Initiativen.

Er betont, dass es sich bei der Anwendung des Kriterienkataloges immer um eine Einzelfallprüfung handelt, deren Ergebnis Bestandteil der jeweiligen Ratsvorlage über den Verkauf eines städtischen Gewerbegrundstücks ist.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung**

Herr van Geffen schlägt vor, die TOPs 4.1 und 4.2 mit den jeweiligen Antworten in Form von Tischvorlagen sowie den TOP 8.1 als nächstes gemeinsam aufzurufen und zu behandeln, da sie thematisch zusammenhängen. Die Tischvorlagen sollten dann in der nächsten regulären Sitzung nochmals aufgerufen werden, über den TOP 8.1 jedoch heute schon entschieden werden.

Der Ausschuss ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Die Niederschrift zu allen drei TOPs erfolgt unter TOP 8.1.

##### **4.1 Sachstand Frischezentrum AN/1404/2018**

**Frischezentrum - Sachstand  
3347/2018**

##### **4.2 Zukunftssicherheit für Händler und Beschäftigte des Großmarktes über 2023 hinaus- wie steht es mit der Umsetzung der Ratsbeschlüsse zum Neubau eines Frischezentrums in Marsdorf? AN/1409/2018**

**Großmarkt Köln - Zukunftssicherheit für Unternehmen und Beschäftigte  
3387/2018**

##### **4.3 Einrichtung eines „Kreativhauses“ AN/1456/2018**



Herr Frank trägt die Begründung für den Antrag nochmal mündlich vor.

Herr Joisten betont, dass seine Fraktion in der Sache zustimme, sich jedoch wundere, warum ein solcher Beschluss noch kurz vor Jahresende gefasst werden soll, wo das Thema doch eigentlich bei der nun zu gründenden Wirtschaftsförderungs-GmbH angesiedelt sein sollte.

Herr Petri kündigt inhaltlich die Zustimmung seiner Fraktion an, wundert sich aber über die Reihenfolge der Beschlüsse. In der Regel erfolge zuerst die inhaltliche Diskussion und dann die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel zur Umsetzung und nicht umgekehrt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufbau und den Betrieb eines „Kreativhauses“ als städtisches Angebot in einer städtischen Gewerbeimmobilie unter folgenden Maßgaben umzusetzen:

1. Es soll eine geeignete städtische Immobilie für das „Kreativhaus“ z. B. im Bereich Kalk-Süd bereitgestellt werden;
2. Das Haus soll Co-Working-Space-Arbeitsplätze, Einzelbüros, Projekträume und Eventflächen zu erschwinglichen Konditionen bieten und allen Branchen der Kreativwirtschaft zur Verfügung stehen;
3. Der Betrieb des Kreativhauses durch einen erfahrenen externen Dienstleister soll ausgeschrieben werden.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

## **5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

Der einzige vorliegende Antrag gemäß § 3 der Geschäftsordnung wurde als TOP 4.3 behandelt und beschlossen.

## **6 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen**

### **6.1 Neubau von Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Causemannstr. 29 - 31, 50769 Köln-Merkenich und Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft - Anpassung des Planungsauftrags 2267/2017/1**

Dem Ausschuss liegt die Vorlage der Verwaltung als Umdruck zur Abstimmung vor.

Herr Dr. Strahl begrüßt die geänderte Planung und stellt die Frage, ob sie mit dem Einzelhandelskonzept (EHK) übereinstimmt.

Herr Dr. Höhmann (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) bestätigt, dass die vorgelegte Planung mit dem EHK übereinstimmt. Der Stadtteil Merkenich hat ein Problem mit der Nahversorgung, welches mit der Umsetzung der Planung gelöst werden kann. Ein erstes Ziel sei sicherlich ein möglichst breitflächiges Angebot. Herr Dr. Höhmann warnt jedoch davor, mit einer bindenden Festlegung auf einen Vollsortimenter die Vorgabe zu eng zu fassen und damit die Umsetzung zu gefährden. Ggf. muss auch ein Discounter das Versorgungsproblem lösen.

Herr Frank schlägt vor, dass der Wirtschaftsausschuss wie der Liegenschaftsausschuss abstimmt.

### **Beschluss:**

Der Wirtschaftsausschuss schließt sich der Empfehlung des Liegenschaftsausschusses an und empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die eigenen städtischen Planungen zu einer Neubebauung im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Causemannstr. 29-31, 50769 Köln-Merkenich, Gemarkung Worringen; Flur 89; Flurstücke 524 und 805, einzustellen.

Stattdessen beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Prüfung, inwieweit das Grundstück mit der Maßgabe vermarktet werden kann, auf dem Grundstück sowohl einen Lebensmittelmarkt für die Nahversorgung, als auch öffentlich geförderte Wohnungen mit einer Gesamtwohnfläche von ca. 2.000 m<sup>2</sup> zu errichten.

Die Verwaltung wird bei der weiteren Planung um Prüfung der folgenden Punkte gebeten:

- Optimierung der Stellplatzplanung mit Hinblick auf den Bau einer Tiefgarage
- Klärung der Möglichkeit einer dreigeschossigen Bebauung bzw. einer möglichst effizienten Ausnutzung des Grundstücks
- Einsatz eines Vollsortimenters

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

## **7 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante Angelegenheiten**

### **8 Marktwesen**

#### **8.1 Großmarkt Köln - Instandsetzungsmaßnahmen zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes bis Ende 2023, Teilergebnisplan 0203 - Märkte 3124/2018**

Herr Joisten bedankt sich für die Tischvorlage mit der Beantwortung der Fragen seiner Fraktion. Auf Grund der Kurzfristigkeit sei eine intensive Auseinandersetzung noch nicht möglich gewesen. Er bittet jedoch bereits jetzt um die Beantwortung der Frage, wann der Politik die beiden genannten, bereits seit längerer Zeit vorliegenden Gutachten in Gänze vorgestellt werden? Herr Joisten kritisiert die dargestellte Zeitplanung zur Umsetzung der Maßnahmen, die nach seiner Einschätzung mit den anderen Maßnahmen nicht kompatibel ist. Außerdem kritisiert er heftig, dass der finanzielle Aufwand laut der Beschlussvorlage immer noch nicht konkret beziffert werden kann. Er stellt die Frage, wann konkret der Ausschuss mit einer kompletten Übersicht über den erforderlichen finanziellen Aufwand rechnen kann.

Herr Frank bezeichnet die Beschlussvorlage als überfällig. Er weist auf die zwingende Notwendigkeit hin, die in städtischem Besitz befindliche Immobilie, die nach Aufgabe der Nutzung als Großmarkt erhalten bleiben soll, durch die Instandsetzungsmaßnahmen in ihrem Bestand zu erhalten und somit einen Wertverlust zu verhindern. Herr Frank fordert, dass die weiteren, zur Erhaltung der Betriebssicherheit notwendigen Maßnahmen in einer weiteren Vorlage kurzfristig nachgeliefert werden. Er begrüßt die Verlängerung der bestehenden Mietverträge, äußerst jedoch seine Sorge über den Fortbestand der Firmen mit Großmarktbezug, die auf dem „Aurelis-Gelände“ angesiedelt sind.

Die vorgelegten Zeitpläne für die Arbeiten am Bestand, die Umsiedlungspläne sowie

für die Umsetzung der Parkstadt Süd auf dem Gelände des heutigen Großmarkts sind ggf. nochmals zu synchronisieren. Er bittet die Verwaltung, die Zeitabläufe aller Vorhaben zu überprüfen und die Faktenlage dem Ausschuss nochmals konkret darzustellen.

Herr Lindweiler stellt die Zeitpläne ebenfalls in Frage. Bezüglich der auf dem „Aurelis-Gelände“ angesiedelten Großmarkthändler kritisiert er die zahlreichen Konjunktive in der Antwort auf die Anfrage seiner Fraktion. Die Phase der Entmietung habe ja bereits begonnen.

Herr Fritz (Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster) weist darauf hin, dass die dargestellten Zeitpläne in der Vorlage und den Mitteilungen derzeit noch synchronisiert sind. Ob dies in Zukunft so bliebe, lasse sich schwer voraussagen.

Die umfangreiche Überprüfung der Statik der Großmarkthalle, gebaut 1936 bis 1939 mit einem sehr sparsamen Betoneinsatz, ergab einen dringenden Handlungsbedarf. Die großen Instandsetzungsmaßnahmen waren seit dem Umzugsbeschluss 2007 für den Zeitraum nach der Räumung geplant. Erst durch die Entscheidung über die Verlängerung des Betriebs am Bonntor bis zum 31.12.2023 wurde es notwendig, eine Sanierung im laufenden Betrieb zu planen. Ein weiteres Gutachten inklusive des notwendigen Leistungsverzeichnisses für die sich anschließende Ausschreibung soll nun das notwendige Ausmaß der Betonsanierung klären und festlegen. Mitte nächsten Jahres kann voraussichtlich mit den Sanierungsmaßnahmen begonnen werden. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand kann dies in einzelnen Segmenten bei laufendem Betrieb erfolgen. Sollte sich das als nicht umsetzbar erweisen, muss eine alternative Unterbringung der Markthändler gefunden werden.

Auch für die Sanierung der Kanalisation auf dem Gelände gilt, dass die ursprüngliche Planung eine Sanierung nach dem Auszug vorsah. Die Stadtentwässerungsbetriebe haben nach einer Überprüfung eine weitere Nutzung nach Vornahme der dringendsten Maßnahmen bis Ende 2023 zugelassen. Sollten sich während dieser Maßnahmen weitere Risiken herausstellen, werde die Verwaltung umgehend weitere Vorlagen zur Beschlussfassung vorlegen.

Die Marktverwaltung ist in ständigem Kontakt mit den ansässigen Markthändlern. Sie hat bereits die Mietverträge auf dem Großmarktgelände auf unbefristete Verträge umgestellt. Die Beschlussfassung des Rates wird den Händlern umgehend kommuniziert werden, um ihnen eine Planungssicherheit zu geben. Auch über die bestehenden Erbbaurechtsverträge gibt es bereits Verhandlungen mit dem Ziel einer Anpassung bis Ende 2023.

Bei dem mit dem ausdrücklichen Zweck der Freistellung für die Parkstadt Süd von der Stadt erworbenen „Aurelis-Gelände“ handelt es sich um ein klassisches Gewerbegebiet, auf dem sich auch verschiedene Händler mit Bezug zum Großmarkt niedergelassen haben. Diese Händler sind jedoch nicht die Vertragspartner der Stadt, sondern sie sind Untermieter der gewerblichen Vermieter. Die Verwaltung hat Kontakt zu den Vertragspartnern aufgenommen. Es ist noch nicht abschließend geklärt, welche der dort ansässigen Unternehmen für den Betrieb des Großmarktes zwingend erforderlich sind. Allen Betroffenen wurden unter Beteiligung der IHK Einzelgespräche angeboten. Die Situation stellt sich etwas kompliziert dar, da es im Großmarktgelände Vertragspartner unter den Erbbaurechtsnehmern gibt, die über eine Konkurrenzschutzklausel im Hinblick auf einzelne Dienstleistungen verfügen. Deshalb kann nicht allen Firmen des „Aurelis-Geländes“ ein Angebot für das Großmarktgelände unterbreitet werden. Die Verwaltung ist jedoch mit allen Beteiligten weiterhin im Gespräch und sucht jeweils nach einer Lösung.

Herr van Geffen bedankt sich für die ausführliche Darstellung und eröffnet eine zweite Runde.

Herr Dr. Strahl fragt, ob die Fortsetzung des Betriebes des Großmarktes in der Markthalle in der jetzigen Form das Gebäude überlasten würde.

Herr Fritz (Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster) verneint dies. Nicht die Nutzung als Markthalle sei problematisch, sondern der Zustand des Betons und das sich daraus ergebende Risiko für die Statik des Gebäudes. Die geplante Sanierungsmaßnahme ist so nachhaltig, dass sie auch für die zukünftige Nutzung von Wert ist.

Herr Joisten stellt nochmals die vorgestellte Zeitplanung in Frage, insbesondere mit Blick auf die städtebaulichen Planungen und die zukünftige Nutzung des Geländes. Er fragt nochmals nach der Vorlage der Gutachten. Wann kommt der Nachtrag?

Herr Petri stellt die Frage nach dem Delta zwischen der Beendigung des Großmarktes und der Eröffnung des Frischemarktes in Marsdorf und schließt sich der Frage nach den Gutachten an.

Frau Klein bittet um Erläuterung der Aussage, dass sich die Markthändler der Idee einer Organisation in Form einer Genossenschaft öffnen würden.

Herr Frank hält den vorlegten Umfang der Vorlage für ausreichend. Die Verwaltung habe zugesichert, bei Bedarf über weitere Maßnahmen einen Beschluss herbeizuführen. Unterstellt, der Bebauungsplan für Marsdorf entfalte Mitte 2020 Rechtskraft, müsse die Verwaltung bereits jetzt mit den Akteuren klären, ob sich die IG Großmarkt bzw. die dann bestehende Genossenschaft an der Bebauung des neuen Geländes beteiligen wolle. Dies könne die Einhaltung des ehrgeizigen Zeitplans positiv beeinflussen.

Frau Reker berichtet von dem Gespräch mit den Markthändlern.

Herr Fritz betont nochmals, wie schwierig die Untersuchungen durch den Gutachter waren. Positiv sei, dass die Gebäudewirtschaft nun wieder voll unterstützen könne. Das Gutachten liegt seit kurzem vor. Es schreibt vor, dass die Arbeiten innerhalb der nächsten zwei Jahre durchzuführen seien. Der Umfang der Sanierungsarbeiten kann nur durch ein weiteres Gutachten über den Zustand des Betons festgelegt werden. Dafür sei nun sehr knapp ein halbes Jahr kalkuliert worden. Die Ergebnisse des unter Einhaltung der Vergabevorschriften zu beauftragenden Betongutachters werden nicht bis zu der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 24.01.2019 in eine Beschlussvorlage umgewandelt werden können. Zur Beschleunigung wird dieser Auftrag auch die Erstellung eines Leistungsverzeichnisses für die anschließende Vergabe der Sanierungsarbeiten beinhalten.

Die StEB sind bereits seit einem halben Jahr mit der Begutachtung der vorhandenen, sehr verzweigten Kanalisation beschäftigt.

Herr Joisten fragt nochmals nach den drei Gutachten, die laut der Mitteilung der Verwaltung bereits vorliegen.

Frau Reker teilt mit, dass die Auswertung noch nicht abgeschlossen sei und deshalb die Entwicklung der möglichen Handlungsalternativen, die Grundlage einer Entscheidungsvorlage für den Rat seien, noch nicht erfolgen konnte.

Herr van Geffen trägt den Ergänzungsvorschlag der SPD- Fraktion vor und stellt die Vorlage mit dieser Ergänzung zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden, um Ziffer 3 erweiterten Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt,

1. in Abänderung seines Beschlusses vom 19.06.2007 den Betrieb des Großmarktes am Standort Raderberg bis 31.12.2023 zu verlängern (im Sinne der Satzung für die Wochenmärkte und den Großmarkt Raderberg der Stadt Köln - Kölner Marktsatzung - vom 19. Dezember 1994 in der Fassung der 2. Satzung zur Änderung der Kölner Marktsatzung vom 21. Dezember 2016).
2. Er stellt den Bedarf für die Instandsetzungsmaßnahmen, die zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes des derzeitigen Großmarktes erforderlich sind, fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen mit Kosten in Höhe von derzeit mindestens 1.740.000 € (netto).

und

3. Er beauftragt die Verwaltung, bis zur Sommerpause 2019 einen Nachtragsbeschluss über die in dieser Vorlage noch nicht bezifferbaren Kosten vorzulegen.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

**9 "koeln.de"**

**10 Medien- und Internetwirtschaft in Köln**

**10.1 Status Digital Hub Cologne  
3624/2018**

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Tischvorlage vor.

Herr van Geffen schlägt vor, die Tischvorlage in der nächsten Sitzung erneut auf die TO zu nehmen.

Frau Klein schlägt vor, den Geschäftsführer der Digital Hub Cologne GmbH zur nächsten Sitzung zur Berichterstattung einzuladen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis und beschließt eine Wiedervorlage in der nächsten regulären Sitzung.

**11 Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation**

**12 Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung**

**12.1 Tätigkeitsbericht "Kommunales Bündnis für Arbeit in Köln"  
3165/2018**

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Umdruck vor.

Herr Joisten bittet darum, diese Mitteilung und alle zukünftigen auch in den Integrationsrat zu geben. Er fragt nach Erläuterungen der Verwaltung zum vorgelegten Bericht.

Frau Gramm (Amt für Wirtschaftsförderung) hebt aus dem Bericht nochmals KoBAM als Beratungsangebot für Migrantinnen und Migranten hervor. Spezielle Angebote für Geflüchtete sind derzeit in der Entwicklung, da diese Zielgruppe sich jetzt erst verstärkt dem Arbeitsmarkt anbietet.

Bundesweite Beachtung habe das Kölner Bildungsmodell mit der modularen Qualifi-

zierung gefunden. Die Kölner Kooperation war die erste dieser Art. Die evaluierten Ergebnisse werden in Kürze veröffentlicht. Die ursprünglich für den Dezember geplante Abschlussveranstaltung wird im Frühjahr stattfinden, da der Bundearbeitsminister und der Vorsitzende der Geschäftsführung der Bundesagentur für Arbeit daran teilnehmen wollen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **12.2 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2019 - 31.12.2021 1616/2018**

Dem Ausschuss liegt die Beschlussvorlage der Verwaltung als Umdruck vor.

Herr van Geffen stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, vorbehaltlich einer Förderung durch das Land NRW, die Fortführung der „Regionalagentur Region Köln“ unter der Trägerschaft der Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2019 - 31.12.2021.

Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der ESF-kofinanzierten Landesarbeitspolitik sowie aus Eigenmitteln der Stadt Köln sowie der beteiligten Kreise und der Stadt Leverkusen.

Im Hpl.-Entwurf 2019 und der ihm beigefügten Mittelfristplanung sind im Teilergebnisplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus – die entsprechenden Erträge in den Teilplanzeilen 2 – Zuwendungen und allg. Umlagen – und 6 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen – sowie die Aufwendungen in den Teilplanzeilen 11 – Personalaufwendungen - , 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – und 16 – sonstigen ordentliche Aufwendungen – veranschlagt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

## **12.3 Sachstand zur Umsetzung des Kommunalen Programms für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit (KomProArBeit) 3458/2018**

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Umdruck vor.

Frau Gramm (Amt für Wirtschaftsförderung) bittet, die Anzahl der geförderten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse im dritten Absatz der Mitteilung auf 29 zu korrigieren.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**13 Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)**

**14 Mitteilungen**

**14.1 Pegel Köln 3/2018  
Einwohnerentwicklung 2017: Köln wächst - auch bei geringer Zuwanderung  
3059/2018**

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Umdruck vor.

Herr Petri fragt nach den Hintergründen der seit 2010 erkennbaren Abwanderungsbewegung von unter 18-jährigen sowie der 30 bis 45jährigen Personen.

Herr Litvinov fragt, wo die geflüchteten Personen in den Statistiken aufgeführt werden, ausgewiesen seien nur Ausländerinnen und Ausländer. Außerdem möchte er wissen, wo die geflüchteten Personen in der Tabelle A1 „Die 25 Nationalitäten mit dem höchsten Wanderungsgewinn 2017“ enthalten sind. Gibt es die Möglichkeit, diese Personengruppe auszuweisen?

Herr Breuer (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) antwortet, das es sich bei dem seit 2010 erkannten Trend um Familien handelt, die Köln verlassen. Es handelt sich hierbei um einen indirekten Schluss, da das Meldewesen nur Personen und keine Familien kennt. Ein Zusammenhang mit dem angespannten Wohnungsmarkt ist naheliegend. Mit Hinweis auf die unter 14.2 auf der Tagesordnung stehende Mitteilung „Kölner Statistische Nachrichten 4/2018“ warnt Herr Breuer davor, nur den finanziellen Aspekt als Begründung für einen Wegzug zu sehen. Ebenso sind das wohnungsnaher Umfeld und/oder die Lärmbelastung als Gründe zu nennen.

Die verarbeiteten Daten aus dem Meldewesen geben keine Auskunft darüber, ob die zugezogenen oder weggezogenen Menschen aus ihrer Heimat geflüchtet sind. Es muss daher aus den Nationalitäten ein Rückschluss gezogen werden.

Herr Litvinov bittet darum, die Mitteilung auch dem Integrationsrat zur Kenntnis zu geben.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**14.2 Kölner Statistische Nachrichten 4/2018  
Erwerbstätigkeit und wirtschaftliche Lage der Kölner Bevölkerung -  
Ergebnisse der "Leben in Köln"-Umfrage 2016  
3058/2018**

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Umdruck vor.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**14.3 Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss vom 28.06.2018  
hier: Entwicklung von Grundstücken des Bundes  
2294/2018**

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Umdruck vor.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **14.4 Stadt Köln & Partner präsentieren sich auf der Expo Real 2018 3408/2018**

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Umdruck vor.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **14.5 Übersicht der Bildungsangebote für 16-25 Jährige aus dem Projekt „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ 3506/2018**

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Umdruck vor.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **14.6 Insurance Hub Cologne – Open for Business 3615/2018**

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Tischvorlage vor.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis und beschließt, sie in der nächsten regulären Sitzung erneut aufzurufen.

### **15 Allgemeine Beschlussvorlagen**

#### **15.1 Erfahrungsbericht Vergabekonzept 2014 - 2018 und neues Vergabekonzept ab 01.01.2019 0889/2018**

Dem Ausschuss liegt die Beschlussvorlage erneut vor.

Herr Joisten fragt, ob das Gerücht einer Veränderung der Bindung an sportliche Weltereignisse in Bezug auf die beiden zusätzlichen Veranstaltungen auf dem Heumarkt zutreffe.

Herr Dr. Strahl begründet den Beratungsbedarf seiner Fraktion mit der Diskussion, ob nicht eine Ausweitung auf weitere Plätze in der Innenstadt sinnvoll sei.

Herr Schmaul (Amt für öffentliche Ordnung) teilt mit, dass die Bindung an sportliche Weltereignisse für die beiden zusätzlichen Veranstaltungen auf dem Heumarkt weiterhin Bestand hat. Außer der explizit genannten Veranstaltung „Final 4“ wird es jedoch wahrscheinlich in den nächsten Jahren keine weiteren dieser Art geben. Die Veranstalter der Handballweltmeisterschaft Anfang 2019 verzichten auf diese Möglichkeit.

Herr Joisten fragt nach, ob die Wahrscheinlichkeit, dass beide Terminoptionen genutzt werden, gegen Null geht.

Herr Schmaul (Amt für öffentliche Ordnung) antwortet, dass dies nur auf die zweite Veranstaltung zutrifft.

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien gegeben.

### **16 Mündliche Anfragen**

Es werden keine mündlichen Anfragen im öffentlichen Teil gestellt.



Ende des öffentlichen Teil der Sitzung: 18:55 Uhr.

gez. van Geffen  
Ausschussvorsitzender

gez. Doberitz  
Schriftführerin

Ende des nicht-öffentlichen Teils der Sitzung um 19.00 Uhr.

gez. van Geffen  
Ausschussvorsitzender

gez. Doberitz  
Schriftführerin